

A1: Antrag P2021

Antrag der Geschäftsleitung zuhanden der Jahresversammlung der JUSO Schweiz vom 19. Februar 2022 in Bern/Online.

Die Geschäftsleitung beantragt die definitive Ausarbeitung des Initiativtextes des Projekt 2021 anhand der folgenden zwei Eckpunkte:

Die Initiative zur Umsetzung des P2021 verwendet den Mechanismus einer Erbschaftssteuer für Vermögen mit einem Steuersatz von mindestens 50% und einem Freibetrag im Spektrum von 50 bis 100 Millionen Franken.

Die Ausgabeseite orientiert sich an den drei folgenden Fokusthemen:

- Die Klimakrise zahlen nicht wir (und damit weg vom Dogma der reinen Eigenverantwortung)
- Bedürfnisorientierte Wirtschaft (und damit punktuell weg von der Steuerung durch die Profitlogik)
- Zukunft der 99% (und damit weg von der Machtkonzentration des Kapitals)

Begründung

“System Change” ist heute salonfähiger denn je - wenn auch noch nicht in einer einheitlichen Definition der Phrase. Nichtsdestotrotz wurde damit viel Potential frei, um über ökosozialistische Themen zu diskutieren. Unser Projekt hat zum Ziel, den Schwung zu nutzen und die neue Front des System Change mit einer eidgenössischen Initiative wesentlich zu stärken.

Ganz konkret liefern wir deshalb den ersten Vorschlag, wie eine ernsthaft antikapitalistische Klimapolitik aussehen kann. Eine Initiative, die nicht nur den bürgerlichen Diskurs aufbricht, sondern die grundlegenden Probleme des klimazerstörenden Kapitalismus benennt. Für einmal sind es nicht die bürgerlichen, die in aller Öffentlichkeit fragen, wer das alles bezahlt, sondern wir. Genau vor dieser Frage haben die Profiteur*innen des Systems Angst, da sie schonungslos die realen Machtverhältnisse und Ungerechtigkeiten offenlegt – so öffnet sich der Raum für die Anliegen und Ideen der JUSO. Damit legen wir das Fundament für eine Vision einer Klimapolitik, die eine lebenswerte Zukunft für die 99% ins Zentrum stellt.

1. Eckpunkt Ausgabenfokus

Dieses Initiativprojekt ist als antikapitalistische Klimainitiative konzipiert. Das hat einen klaren Grund: Der aktuelle, hegemonial-bürgerliche Klimadiskurs feuert die Klimazerstörung mehr an als dass er sie aufhält. Währenddessen arbeiten Grosskonzerne kontinuierlich daran, den «Konsument*innen» die Schuld in die Schuhe zu schieben. Damit sind wir heute in der Situation, dass die 99% an den Pranger gestellt werden, während sich die grossen Player klammheimlich aus der Verantwortung ziehen.

Unsere Initiative soll genau den gegenteiligen Diskurs lancieren: Aufzeigen, wer für die Klimakrise verantwortlich ist und was wir tun können, um eine gemeinsame Zukunft aufzubauen. Es ist eine systemische Frage, die wir stellen müssen. Um an diesen Punkt zu kommen, müssen wir noch einiges an Arbeit leisten. Deshalb setzen wir für diesen Eckpunkt drei Fokuspunkte, die unsere Initiative beleuchten soll.

1.1. Klimafokus

1.1.1. Die Klimakrise zahlen nicht wir

Bisher ist klar definiert, dass die 99% für die Krise aufkommen müssen. Genau so ist der gesamte bürgerliche Klimadiskurs aufgebaut. Unsere Initiative soll das ändern. Sie übernimmt

die Aufgabe, den wichtigsten Perspektivenwechsel durchzuführen. Sie ist das Instrument, damit zukünftig die grössten Profiteur*innen der Krise bezahlen - die Superreichen.

Aus dieser Frage der Bezahlung ergibt sich die Frage der Verantwortung. Aktuell existiert nur die Perspektive der Eigenverantwortung. Wir sprechen über Plastiksäcke und Autofahrten. Bei all den Versuchen, nachhaltig zu leben, wird aktuell nie über die Rahmenbedingungen unseres Lebens gesprochen, denn die Schuldzuweisung auf das Individuum steht über allem. Zum kulturellen Umdenken gehört zwangsläufig die Benennung der politischen Pflicht hinzu. Ob institutionell oder nicht, in der politischen Ebene werden die Regeln für unsere Gesellschaft und unser gemeinsames Leben festgelegt. Deshalb müssen wir auch diese Ebene benennen, wenn es um die Veränderung dieser Regeln gehen soll. Dadurch können wir die Spielregeln so definieren, dass sie die Profiteur*innen der Klimakrise auch in die Pflicht nimmt.

1.1.2. Bedürfnisorientierte Wirtschaft

Ein kapitalistisches Hauptproblem ist die Logik des Profits. Aktuell wird erforscht, produziert und vermarktet, was profitabel wirkt. Es gibt eine ganze Industrie, welche darauf spezialisiert ist, bei den Menschen Bedürfnisse zu wecken, die vorher nicht da waren, um Dinge zu kaufen, die sie vorher nicht gebraucht hatten. Und genau da sind wir beim Kern: Solange einzig und allein die Logik des Profits Anwendung findet, katapultieren wir uns selbst ins Elend. Anstatt sinnlose Produktion des Profit wegen zu fördern, sind die (tatsächlichen) Bedürfnisse der Gesellschaft das eigentliche Ziel unserer Wirtschaft. Wir müssen darüber sprechen, wie wir die Gesamtlogik zugunsten der Menschen ausrichten anstatt zugunsten der Profite einiger weniger.

1.1.3. Zukunft für die 99%

Die Zukunft selbst steht auf dem Spiel. Die Klimakrise ist da und wir müssen sie bekämpfen. Damit das gelingt, muss die Politik nach vorne schauen und nicht weiter in einer Schockstarre verharren. Eine linke, zukunftsorientierte Politik kann aber nur funktionieren, wenn diejenigen, welche vom krisenverursachenden System profitiert haben, in die Verantwortung genommen werden.

Dies ist ein Kernanliegen ökosozialistischer Klimapolitik, denn die Entscheidungsmacht über die finanziellen Mittel, die bei ganz wenigen Superreichen gelagert ist, verhindert eine zukunftsorientierte Klimapolitik. Eine lebenswerte Zukunft kann und wird so nicht funktionieren. Zukunft gestalten heisst, diese Macht zu brechen. Sie muss zurück in die Hände der 99%. Die letzte Hoffnung für die Zukunft ist eine demokratische Machtverteilung.

2. Eckpunkt Steuermechanismus

Eine vermögensreduzierende Erbschaftssteuer soll fortan die Vermögen der Superreichen begrenzen. Es ist ein wirksamer Ersatz für die in vielerlei Hinsicht schwierige, kalte Enteignung. Dieser Mechanismus erlaubt uns, einen grossen antikapitalistischen Schritt vorwärtszumachen.

Auf der inhaltlichen Ebene können wir sowohl den Steuersatz als auch die Freigrenze frei bestimmen. Unter Berücksichtigung der relevanten ökonomischen Parameter (insbesondere der aktuellen Rendite der Vermögendensten) können wir diese beiden wichtigen Zahlen im Text so definieren, dass sie grundsätzlich einen *vermögensreduzierenden und damit vermögensdeckelnden Effekt* erzielen. Das heisst konkret, dass die Steuer *mindestens* so viel Vermögen einzieht, dass die übliche Rendite nicht ausreicht, um wieder den gleichen Vermögensstand zu erreichen wie beim ursprünglichen Erbe. Ein weiterer Ausbau ihres unverhältnismässigen Vermögens wird damit verhindert. So ist dieser direkte Effekt auf die hohen Vermögen real und wirksam.

Auf der diskursiven Ebene gibt es gleichzeitig viel argumentativen Spielraum für unser Anliegen: Jeder zweite Vermögensfranken ist geerbt. Allein im Jahr 2021 werden voraussichtlich 90 Milliarden Franken vererbt. Dabei gilt: wer hat, dem wird gegeben. Erben tun vor allem die Reichsten, die damit immer reicher werden. Das geschätzte Vermögen allein

der 300 Reichsten Familien in der Schweiz beläuft sich inzwischen auf 821 Milliarden. Das sind 115 Milliarden mehr als die Gesamte Wertschöpfung der Schweiz im Jahr 2020, das zehnfache des Jahresbudget des Bundes im Jahr 2020 (inklusive der ausserordentlichen Corona-Massnahmen). Die Erbschaftsteuer setzt genau dort an.

2.1. Drei Kernargumente

2.1.1. Erstens Profite für die Zukunft

Das Erbe ist mehr als nur ein Vermögen. Es ist gleichzeitig gesellschaftlicher Reichtum und die persönliche Hinterlassenschaft an diejenigen, die die Zukunft gestalten. Im Moment bleibt aber das Erbe bei denen, die vom System profitiert haben und deshalb einen genauso zerstörerischen, grünen Kapitalismus wollen. Mit der Erbschaftssteuer holen wir genau jene Profite, welche in den letzten 25 Jahren auf Kosten von Mensch und Umwelt gemacht worden sind.

Die Erbschaftsteuer geht die Wurzel des Problems an. In den vergangenen Jahrzehnten wurde die politische und wirtschaftliche Ungleichheit dazu genutzt, das Klima zugunsten von Profiten zu zerstören. Und so wird es auch weiter gehen. Genau diese Profite werden wir jetzt zurückholen, um eine gerechtere Zukunft aufzubauen. Vererbtes Vermögen darf nicht weiterhin unsere Lebensgrundlage belasten. Unsere Erbschaftsteuer stellt sicher, dass diese Mittel allen zugutekommen – für eine Zukunft der 99%. Nur so kann das Erbe als Zukunftsversprechen wirklich ernst genommen werden.

2.1.2. Zweitens den Zyklus brechen

Reichtum wird vererbt. Das hat Tradition. Damit behält und verstärkt das reichste 1% seine Macht und verhindert bis heute Versuche einer gerechteren Gesellschaft. Durch die zunehmende Vermögenskonzentration hat sich diese Macht weiter verfestigt.

Eine Erbschaft ist aber nicht verdient, sondern willkürlich. Eine griffige Erbschaftssteuer stoppt diese historische Ungerechtigkeit und bricht diesen zerstörerischen Zyklus. Es ist ein zentraler Schritt für die Realisierung ökosozialistischer Anliegen, indem es der öffentlichen Hand die Mittel gibt, welche demokratisch für den Umbau der Wirtschaft genutzt werden können. Damit die 99% ihr legitimes Mitspracherecht im gesellschaftlichen Gestaltungsprozess erhalten.

2.1.3. Drittens die offene Lücke

Die Ungleichheit der Vermögensverteilung ist inzwischen selbst im bürgerlichen Diskurs angekommen. Die oft zitierte Lösung: Erbschaftssteuer. Das Prinzip ist weithin bekannt und auch akzeptiert. Trotzdem passiert in der Realität komplett gar nichts in diesem Bereich. Dieses brachliegende Potential müssen wir nutzen. Diese starke Ausgangslage verhilft uns, eine breite Front von Parteien, Organisationen und Akademien aufzubauen und diese über unsere Initiative in einen antikapitalistischen Diskurs zu verwickeln.

3. Weiteres Vorgehen

Durch eine Annahme dieses Antrags wird die vertiefte Ausarbeitung der endgültigen Materialien für die Lancierung des Initiativprojekts gestartet. Im Rahmen des Zeitplans und der zu berücksichtigenden Umstände werden diese Materialien der Basis zur Abstimmung unterbreitet. Gemäss dem verabschiedeten Zeitplan ist vorgesehen, dass die Initiative im Juni lanciert wird. Die Geschäftsleitung behält sich das Recht vor, die Lancierung zu verschieben, wenn unerwartete und grobe Verzögerungen auftauchen. Die Sektionen würden in diesem Fall so schnell wie möglich informiert werden.

Zusatz: Wieso ist es keine Vermögenssteuer?

Die Option zur Vermögenssteuer wurde eingehend geprüft und am Inputtag Anfang Januar auch durch die GL als mögliche Option (zusammen mit der Erbschaftssteuer) vorgestellt. An dieser Stelle deswegen zusätzlich eine Begründung, weswegen wir uns gegen diese Option entschieden haben. Sie ist von der inhaltlichen Wirkung her vergleichbar mit der Erbschaftssteuer. Die grossen Schwierigkeiten liegen auf der diskursiven Seite. Von vielen verschiedenen Punkten sollen auch hier drei Kernargumente genannt werden:

Erstens die Anschlussfähigkeit

Die Schweiz hat im internationalen Vergleich aktuell die einzige Vermögenssteuer, die substanziell wirkt. Wenn wir diese Wirkung auf eine Höhe anheben wollen, die vermögensreduzierend ausfällt, stehen wir allein da. Weder im politischen noch im akademischen Diskurs ist eine Vermögenssteuer in dieser Höhe auch nur angedacht. Der Aufwand und die Schwierigkeit, diese Initiative anschlussfähig zu gestalten, ist sehr viel grösser als bei der Erbschaftsteuer.

Zweitens das diskursive Gewicht

Eine radikale Vermögenssteuer ist im öffentlichen Diskurs eine unbekannte Forderung. Wenn wir diesen Vorschlag einbringen, bedeutet das, dass uns die bürgerlichen Medien auf der Einnahmeseite festnageln. Wir werden den Mechanismus bis ins Detail begründen müssen und dann sind wir nur noch im Diskurs einer Steuerinitiative. Ob das nun populistisch oder inhaltlich vertieft ist – es hält uns fern vom eigentlichen diskursiven Schwerpunkt einer gerechten Klimapolitik.

Drittens die Exit-Tax

Spezifisch bei dieser Variante wäre eine Exit-Tax unerlässlich (ansonsten müssen wir eine ganze Kampagne lang erklären, warum es uns egal ist, dass asoziale Reiche wegziehen). Wenn wir aber dieses Konzept ebenfalls einbinden, öffnet das nochmals ein zusätzliches diskursives Gebiet (juristisch, ökonomisch, demokratietheoretisch, usw.), das uns an die Einnahmeseite bindet. Wir müssten uns also noch viel stärker rechtfertigen und würden wertvollen Platz für den Klimadiskurs verlieren.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: annehmen